



# Enteignung der Autofahrer stoppen

Nachricht von Sahra Wagenknecht, 01. Oktober 2018

**Drei Jahre sind nach dem Auffliegen des Diesel-Abgasskandals vergangen. Drei Jahre, in denen die Bundesregierung erst wenig für die Aufklärung tat und nun Autobesitzer und Steuerzahler für den Betrug der Autokonzerne zur Kasse bittet.**

Sahra Wagenknecht fordert die Bundesregierung auf, die Hersteller in die Pflicht zu nehmen: "An einer Verpflichtung für die Autokonzerne, die entsprechenden Umrüstungen zu bezahlen, führt kein Weg vorbei. Alle Angebote einer Inzahlungnahme von Dieselfahrzeugen können allenfalls zusätzlich sein."

Die deutschen Autokonzerne haben in den letzten fünf Jahren insgesamt 100 Milliarden Euro Gewinn verzeichnet. Doch anstatt VW, Porsche und Co. zu den notwendigen Hardware-Umrüstungen für Diesel zu verpflichten, überträgt die Bundesregierung die Kosten den Autofahrern und Steuerzahlern. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag weiter:

"Die Bundesregierung muss die Enteignung der Dieselfahrer endlich stoppen. Es kann nicht sein, dass die Dieselfahrer für den Betrug der Konzernmanager bezahlen sollen. Die Bundesregierung muss dafür

sorgen, dass das Ansehen der deutschen  
Autokonzerne durch Vereinbarungen zu Lasten der  
Kunden nicht weiter beschädigt wird."